

POLITISCHE ABTEILUNG III
p.B.73.Youg.O. - RIA/BMO

Bern, 16. November 1992

Jugoslawienkonferenz

Arbeitsgruppe Ahrens

Aufzeichnung Nr. 3

1. Ueberblick

Seit der letzten Aufzeichnung (26.10.) haben folgende Sitzungen stattgefunden:

- 2./3. November: Plenarsitzung der Gruppe in Genf mit Regierungsvertretern aller Republiken von Ex-Jugoslawien
- 3./4. November: Bilaterale Sitzung der Untergruppe Mazedonien (Regierungsvertreter von Skopje und albanische Minderheit)
- 10. November: Treffen in Subotica mit Vertretern der kroatischen Minderheit in der Vojvodina
- 11. November: multilaterales Treffen in Novi Sad mit Regierungsvertretern von Restjugoslawien und Vertretern der ungarischen Minderheit in der Vojvodina.

Am 4./5. November hätte in Genf ausserdem ein trilaterales Treffen über Kosovo stattfinden sollen. Die Kosovo-Albaner erschienen jedoch nicht. Ein neues Treffen wurde auf den 11.11. in Novi Sad festgelegt, aber auch hier erschienen die Kosovo-Albaner in letzter Minute nur mit zwei Emissären tieferen Ranges, was keine eigentlichen Diskussionen ermöglichte. Botschafter Ahrens hat für diese Woche erneut ein Treffen nach Genf einberufen.

Die Gruppe Ahrens betreibt zurzeit bewussten Aktivismus. Gerade weil sich das allgemeine Klima verschlechtert, will man Präsenz markieren. Die Equipe um Panic zeigt sich ausserdem sehr gesprächsfreudig, was es auszunützen gilt, auch wenn sich dahinter wahltaktische Ueberlegungen verbergen.

2. Plenarsitzung (2./3.11.)

Zu den Plenarsitzungen werden nur Regierungsvertreter eingeladen. Sie finden jeweils nach den Sitzungen des Lenkungsausschusses statt. Ihr Hauptzweck ist



folglich die Information über das, was in der Konferenz allgemein läuft. Gleichzeitig will man in den Plenarsitzungen auch über die Arbeiten in den einzelnen Untergruppen berichten. Die Idee wäre, dass Fortschritte in einzelnen Untergruppen sich positiv auf andere auswirken sollten.

Ein dritter Zweck besteht darin, Themen von allgemeinem Interesse zu diskutieren. An der ersten Plenarsitzung wurde diesbezüglich die heikle Problematik der "freiwilligen" Uebersiedlung zur Diskussion gestellt. Sowohl die Vertreter von Kroatien als auch jene von Restjugoslawien erklärten ganz offen, dass solche "freiwilligen" Uebersiedlungen bereits im Gang seien. Sie erfolgten einstweilen mittels privater Kanäle, in Ungarn soll ein eigentlicher Vermittlungsmarkt entstanden sein. Beide Delegationen liessen durchblicken, dass "freiwillige" Uebersiedlungen trotz den Erklärungen von London zu einem Verhandlungsthema werden müssen.

Aehnliche übereinstimmend äusserten sich die beiden Delegationen zum Thema der doppelten Staatsbürgerschaft. Vor allem die Kroaten sehen in der doppelten Staatsbürgerschaft ein Element, das die Lösung von Minderheitenproblemen erleichtern könnte. Natürlich würde diese Möglichkeit nur für Angehörige des früheren Jugoslawiens gelten. Der Vertreter der Bundesregierung in Belgrad lehnte die doppelte Staatsbürgerschaft nicht ab, bezeichnete sie aber als unzureichend, weshalb er von der Notwendigkeit sprach, nach dem Modell der EG die Freizügigkeit für den Personenverkehr unter den ehemaligen Republiken Jugoslawiens zu entwickeln!

3. Untergruppe Mazedonien (3./4.11.)

Mit Vertretern der albanischen Minderheit und der Regierung in Skopje verhandelt Ahrens seit Monaten. Es ist praktisch die einzige Untergruppe, in welcher bereits substantielle Verhandlungen stattgefunden haben. Auf beiden Seiten wurde bisher sehr konstruktiv gearbeitet. Die albanische Minderheit zeigte sich gemässigt, die Regierung war vor allem auf internationale Anerkennung bedacht.

In Genf sind nun aber erste Krisensymptome sichtbar geworden. Die albanischen Vertreter beklagten sich, die Regierung habe keines der abgegebenen Versprechen eingelöst. Ohne konkrete Resultate komme man immer stärker unter den Druck der eigenen Basis. Wie ernst die Drohung gemeint war, wurde einige Tage später durch erste Zwischenfälle in Skopje bestätigt.

Die Regierung hat aber ihrerseits mit der Basis Schwierigkeiten. Da die internationale Anerkennung ausbleibt, mehren sich im Parlament die Stimmen jener, die es als unhaltbar bezeichnen, über "interne" Probleme mit dem Ausland zu verhandeln, das nicht einmal gewillt sei, Mazedonien die Anerkennung zu gewähren. Die Regierung hat ernsthafte Probleme, ihre Gesetzesvorlagen über den Gebrauch der Sprache und die Organisation des Schulwesens im Parlament durchzubringen.

Ein Streitpunkt ist der Anteil der albanischen Minderheit an der Gesamtbevölkerung. Die Regierung beziffert ihn auf 21%, die albanischen Vertreter behaupten aber, er

würde über 40% liegen. Die Regierung ist zu einer Volkszählung unter Mitwirkung ausländischer Experten bereit. Bereits im Juli hat sie sich in dieser Angelegenheit offenbar an den Europarat gewandt, bisher aber noch keine Antwort erhalten.

4. Vojvodina (10./12.11)

Das Treffen in Subotica mit den Kroaten der Vojvodina fand ohne Regierungsvertreter statt. Die Kroaten (4,9% der Bevölkerung) haben zur Zeit in der Vojvodina zweifellos den schwierigsten Stand. Ueber 10'000 sind in den letzten zwölf Monaten ausgewandert. Die meisten von ihnen taten das wegen ständiger Provokationen durch serbische Extremisten (Drohbriefe, Bombenanschläge, Hausbesetzungen, Entlassungen). Die Kroaten beklagen sich hauptsächlich, dass ihnen die Polizei überhaupt keinen Schutz gewähre. Sie wollen keine Veränderung der Grenzen, ihre Vertreter sagen, sie hätten auch keine Verbindungen mit der Regierung in Zagreb. Dass sich die Situation in den letzten Wochen etwas verbessert habe, wird ohne weiteres zugegeben. Die kroatischen Vertreter führten das auf die Ankunft der KSZE-Beobachter und eine verstärkte Präsenz westlicher Medien zurück. Im Gegenzug hat aber die Regierung das Kabelfernsehen verboten, das Zugang zu ausländischen Fernsehprogrammen bot.

Beim bilateralen Treffen in Novi Sad mit Vertretern der ungarischen Minderheit war die Atmosphäre relativ entspannt. Zwar wollten die Regierungsvertreter von Belgrad die interne Spaltung der ungarischen Minderheit unter Beweis stellen. Der Versuch war aber so plump, dass er nicht überzeugte. Sicher gibt es unter den Ungaren der Vojvodina mehrere Strömungen, sogar auch einige Anhänger von Milosevic. Abgesehen von den letzteren, die mehrheitlich aus gemischten Ehen mit Beamten stammen, ziehen sie alle bezüglich Minderheitenrechte am gleichen Strick. Ihre Probleme sind, dass immer mehr ungarische Schulen geschlossen werden, der Gebrauch der Muttersprache zurückgedrängt wird, serbische Medien von der Regierung bevorzugt werden, die Minderheiten bei der Besetzung von Verwaltungsposten und der Gerichtsbarkeit übergangen werden und die Wahlbezirke für den Urnengang vom 20. Dezember bewusst zum Nachteil der Minderheiten festgelegt worden sind. Alle Vertreter der ungarischen Minderheiten haben aber auch ganz klar gesagt, dass sie nach wie vor ein friedliches Zusammenleben in der Vojvodina für möglich halten. Man müsse nur wieder etwas mehr Selbstverwaltung erhalten, denn mit der serbischen Mehrheit auf Platz könne man die Probleme besser lösen als mit den Regierungsstellen in Belgrad.

5. Kommentar

Die Dinge entwickeln sich nicht gut. Immer mehr hat man das Gefühl, dass über Bosnien Herzegowina auf dem Kriegsschauplatz entschieden wird. Dem steht die Genfer Konferenz ohnmächtig gegenüber. Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, dass die Kosovo-Albaner den Verhandlungstisch meiden. Sie dürften wohl abwarten, ob sich ihr Problem nicht noch andersweitig internationalisieren lassen könnte. Gleichzeitig verstärkt sich das Konfliktpotential im Sanjak.

Unausweichlich wird die Gruppe Ahrens in die politischen Auseinandersetzungen in Restjugoslawien hineingezogen. Die Bundesregierung in Belgrad sucht den Kontakt, um zu beweisen, dass sie für die Wiederanerkennung des Landes auf dem internationalen Parkett bereits etwas erreicht habe. Die Anhänger von Milosevic werfen dagegen der Bundesregierung vor, sie sei bereit, selbst für rein interne Angelegenheiten ein internationales Diktat zu akzeptieren.

Arni Ritz

(A. Ritz)

DG 17. Nov. 92 - 16

Kopien:

KE, GRN, SIN